

Evaluierungsbericht gefordert

Pressegespräch mit Katharina König und Ralf Kalich: Innenpolitik und NSU-Untersuchungsausschuss im Fokus

Der Landtagsabgeordnete Ralf Kalich ist ehrenamtlicher Bürgermeister von Blankenstein, Kreistagsmitglied im Saale-Orla-Kreis, war bisher Haushaltspolitiker und hat jetzt die Funktion des innenpolitischen Sprechers in der Landtagsfraktion der LINKEN übernommen – in Nachfolge von Martina Renner, die in den Bundestag wechselte. Seinen Politikanspruch machte er bei einem Pressegespräch deutlich, an dem auch die Sprecherin für Antifaschismus, Katharina König, teilnahm (s.Foto).

Ralf Kalich betonte, er wolle die verbleibende Zeit bis zum Ende der Legislatur nutzen, um insbesondere den Druck zu erhöhen, was die problematischen Folgen der Polizeistrukturenreform in Thüringen betreffe. Da gebe es eine Vielzahl von Fragen. So habe er seine „erheblichen Zweifel“, was den Stellenabbau betreffe.

Die Landesregierung habe „mehr Blau“ auf den Straßen versprochen, aber erkennbar sei das nicht. Ihm gehe es in diesem Zusammenhang vor allem auch um die Vertretung der Interessen der Kolleginnen und Kollegen, auf deren Rücken die Umstrukturierungen ausgetragen werden, sagte der Innen-

politiker. Die LINKE fordert von der Landesregierung im Innenausschuss einen Evaluierungsbericht zur Polizei-reform.

Katharina König, Obfrau der LINKEN im NSU-Untersuchungsausschuss und dort nunmehr auch stellvertretende Ausschussvorsitzende, betonte bei dem Pressegespräch die Zeitnot, in die der Ausschuss jetzt gerate. Die Arbeit sei „nicht in der Komplexität und Intensität, wie sie notwendig ist, zu schaffen“.

„Es wird wohl ein zweiter NSU-Ausschuss gebraucht“

Dabei sei jetzt schon klar, dass der Ausschuss jenen Teil seines Untersuchungsauftrages, der auf Vorschläge für eine veränderte Sicherheitsarchitektur in Thüringen abzielt, auf keinen Fall erfüllen kann, sagte die Abgeordnete. Nicht nur sie, auch Vertreter anderer Fraktionen seien der Auffassung, dass wohl in der neuen Legislatur ein zweiter NSU-Untersuchungsausschuss gebraucht werde.

Katharina König betonte: „Solange der Prozess in München läuft, ist die indirekte außerparlamentarische Begleitung notwendig“. Sie habe auch „enorme Bedeutung“ für die Angehöri-

gen der Opfer des NSU-Terrors. „Wir müssen ihnen ein klares Zeichen geben, dass wir Antworten auf ihre Fragen finden wollen.“

Viel stärker müsse künftig das Problem der Verankerung des Rassismus in der Gesellschaft „bearbeitet“ werden. Dem müsse sich der neue Bundestag ebenso annehmen wie der Landtag. Vorstellbar sei eine Enquete-

kommission mit Vertretern auch aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft. Es gebe eine ganze Reihe von Projekten gegen Neonazismus und Rassismus, für Demokratie und Zivilcourage. Hier sei es sinnvoll, ihre Effekte, ihre Wirksamkeit zu prüfen und ein landesweites Vorbildprojekt zu etablieren.

A. Rudolph/Foto: St. Wogawa



Susanne Hennig: Thüringen konsequent gerechter gestalten (Fortsetzung von Seite 5)

Wir vertrauen auf die demokratische Gesellschaft und fordern die Politik auf, dieser nicht im Wege zu stehen. Zu behaupten, braunes Gedankengut habe keine politisch gestaltende Kraft, finden wir äußerst problematisch.

Wie meinungsbildend, aber gefährlich Diskreditierungen von Menschengruppen sind, zeigt der gegen den Islam und gegen die Menschen aus hauptsächlich durch den Islam geprägten Herkunftsstaaten gerichtete Rassismus, für den nicht nur Sarrazin verantwortlich ist, sondern auch diejenigen PolitikerInnen, die in der Gesellschaft verbreitete Stereotype befördern bzw. hervorbringen.

Äußerungen in der Politik und in den Medien und Einstellungen in der Bevölkerung bedingen sich und schaukeln sich gegenseitig hoch, so dass am Ende mit dem Stichwort, wir müssen die Ängste der Menschen ernst nehmen, rassistische Einstellungen zum Regelungsinhalt von Vorschriften umgesetzt werden. Dass in Thüringen rassistische Grundeinstellungen manifest sind, zeigt der seit Jahren hohe, wenn auch leicht rückläufige Wert bei der Zustimmung zur Überfremdungsthese. 42 Prozent der ThüringerInnen sind der Auffassung, dass die Bundesrepublik in einem gefährlichen Maße überfremdet sei. Ministerpräsidentin Lieberknecht hält die Zustimmung zur Überfremdungsthese angesichts eines Ausländeranteils von 2,3 Prozent in Thüringen für unerklärlich. Rassismus braucht aber keine Ausländer im

Wohnumfeld, Rassismus ist eine Einstellung, die unter anderem ihre Ursachen auch darin hat, dass beispielsweise MigrantInnen in der medialen und politischen Debatte nach ihrer ökonomischen Verwertbarkeit beurteilt werden, dass Flüchtlingen staatlicherseits Rechte, wie das Recht auf Bewegungsfreiheit, eingeschränkt werden, sie isoliert in Lagern und Heimen untergebracht werden, so dass die Konstruktion des ‚wir als die Deutschen und die als die anderen‘ beispielsweise verbunden mit Leistungsvermögen in der Wirtschaftskrise immer wieder reproduzierbar wird.

Etablierte Politik mit Stichworten für den Stammtisch

Und wiederum bringen etablierte PolitikerInnen die Stichworte für den Stammtisch, wie etwa der ehemalige Bundesinnenminister bei der Diskreditierung der Fluchtgründe mit den Stichworten: Asylmissbrauch und Wirtschaftsfucht. Der Verweis der Ministerpräsidentin auf den geringen Anteil von nichtdeutschen Thüringern deutet zumindest an, dass die Überfremdungsthese berechtigt wäre, wenn ein bestimmter Zahlenwert überschritten sei. Dieses Denken finden wir äußerst problematisch und mitverantwortlich für die Manifestierung rassistischer Einstellungen. Ministerpräsidentin Lieberknecht sagt: Die bloße Existenz des NSU verdeutlicht, dass eine wehrhafte Demokratie einen Verfassungsschutz

benötigt, der imstande ist, Radikalisierungstendenzen und Gewaltorientierung frühzeitig zu erkennen. Dies ist an Dreistufigkeit nicht zu überbieten und ein Affront gegenüber den Opfern des NSU. Die Tatsache, dass der NSU über Jahre mordend durch das Land ziehen konnte, ohne, dass Sicherheitsbehörden auch nur annähernd den rassistischen Gehalt der Mordserie erkennen wollten, trotzdem die Opferangehörigen immer wieder darauf hingewiesen haben, ist Grund für die Abschaffung der Verfassungsschutzbehörden, aber nicht für deren Notwendigkeit.

Ein Umfragewert hat mich doch sehr positiv gestimmt und muss handlungsweisend für die Landesregierung und für die Landkreise sowie kreisfreien Städte sein. Fast 80 Prozent der Thüringer lehnen es ab, AsylbewerberInnen getrennt von der Bevölkerung unterzubringen. Auch das muss Handlungsgrundlage für politische Entscheidungen und Konzepte sein. Die Ghettoisierung von Flüchtlingen in Lagern oder Heimen ist zu überwinden und das Menschenrecht auf Wohnen und die individuelle Lebensgestaltung im Rahmen dezentraler Unterbringung ist zu verwirklichen. Die Verbreitung extrem rechter Einstellungen in der Gesellschaft darf man nicht verharmlosen. Wir reden hier nicht nur von 12 Prozent. Folgende Zahlen gelten für alle Befragten und liegen z.T. erheblich über den Werten der Vorjahre: 44 Prozent sind der Auffassung, dass Ausländer nur hierherkommen, um den Sozi-

alstaat auszunutzen. 32 Prozent sind der Auffassung, es gibt wertvolles und unwertvolles Leben. 31 Prozent unterstützen sozialdarwinistische Positionen. 21 Prozent meinen, Ausländer sollten nur unter den eigenen Landsleuten heiraten und weitere 21 Prozent verharmlosen den Nationalsozialismus.

Rassismus und Neonazismus beim Namen nennen

DIE LINKE wird sich auch in Zukunft konsequent für die Abschaffung des gefährlichen und nutzlosen Inlandsgeheimdienstes aussprechen und für einen Schutz der Demokratie durch eine aufgeklärte und engagierte Gesellschaft werben. Für DIE LINKE heißt das, Rassismus und Neonazismus beim Namen zu nennen und nicht zu verstecken hinter irgendwelchen Extremismustheorien. Wir wollen die Beseitigung struktureller Diskriminierung von Menschen nichtdeutscher Herkunft und die konkrete Auseinandersetzung mit rassistischen Einstellungen in der Gesellschaft und wir wollen Verteilungsgerechtigkeit herstellen. Wir wollen Menschen ermöglichen, sich verwirklichen zu können, ihnen in einer gerechten Gesellschaft gerechte Chance eröffnen, damit sie ihre Lebensmöglichkeiten nutzen und sie selbst ihr Leben gestalten können.

Das heißt, Thüringen ist konsequent gerechter zu gestalten und das ist der wesentliche Unterschied zwischen CDU und DIE LINKE.